



Vom Traum zum Alptraum

- Anlässlich des internationalen Tages der Opfer des Verschwindenlassens, beklagt das Ökumenische Büro für Frieden und Gerechtigkeit den mangelnden politischen Willen der mexikanischen Regierung Tausende Schicksale aufzuklären

München, 30. August 2017.- Zentralamerikanische Migrantinnen und Migranten, die vor Gewalt und Armut in ihren Heimatländern fliehen, verschwinden jährlich zu tausenden auf ihrem Weg nach Norden. Zurück bleiben Familienangehörige, die in jahrelanger Ungewissheit um das Schicksal ihrer Eltern, Partnern und Kinder bangen. Obwohl die Familien ihre Hoffnung auf die Suche setzen, bleiben unbewältigte Trauer und den Schmerz, weil sie nicht wissen, ob sie ihre Verschwundenen jemals wiedersehen werden.

Das Ökumenische Büro für Frieden und Gerechtigkeit beklagt den mangelnden politischen Willen der mexikanischen Regierung, den Familienangehörigen der mexikanischen und zentralamerikanischen Verschwundenen in Mexiko eine Antwort zu geben. „Ohne politische Willen kann die mexikanische Regierung den Familienangehörigen verschwundener Migrantinnen und Migranten den Zugang zu Justiz, Wahrheit und Schadenersatz für Menschenrechtsverletzungen nicht gewährleisten“, kritisiert Cristina Valdivia, Mexiko-Referentin des Ökumenischen Büros in München. „Es ist notwendig das Problem des Verschwindenlassens in Mexiko sichtbar zu machen und vollständig zu lösen. Das ist nur möglich mit der Beteiligung der mexikanischen und zentralamerikanischen Zivilgesellschaft, internationaler und unabhängiger Experten, und in Zusammenarbeit mit den Heimat- und Zielländern der Verschwundenen“.

Die Verpflichtung Mexikos seine eigene Bürger und Bürgerinnen sowie alle anderen, die Mexiko durchqueren, vor dem gewaltsamen Verschwindenlassen zu schützen, ist in der UN-Konvention zum Schutz vor gewaltsamem Verschwindenlassen festgelegt. Das Ökumenische Büro für Frieden und Gerechtigkeit appelliert an die mexikanische Regierung, die notwendigen personellen und materiellen Ressourcen bereitzustellen, damit tausende mexikanische und zentralamerikanische Familien, die nach ihren Verschwundenen suchen, endlich eine Antwort bekommen. Dabei müssen die Empfehlungen und Stellungnahmen des UN-Ausschuss zum Schutz vor Verschwindenlassen beachtet werden.¹

Obwohl einige positive Schritte seitens der mexikanischen Regierung und der Zivilgesellschaft gemacht wurden, wie die Einrichtung einer forensischen Kommission, um die Körper der in Mexiko verschwundenen, getöteten Migrantinnen und Migranten zu identifizieren, gibt es noch große Herausforderungen hinsichtlich Prävention, Ermittlungen, Strafverfahren und Verurteilungen der Verantwortlichen, sowie in Bezug auf die Suche nach dem Verschwundenen. „Es ist notwendig, dass Mexiko länderübergreifenden Suchtmechanismen etabliert und den Zugang zur Justiz gewährleistet und effektiv umsetzt. Außerdem muss alles Menschenmögliche getan werden, um die seit Jahren gravierenden Menschenrechtskrise in Mexiko zu lösen. Dazu gehören insbesondere Aktionen gegen das epidemische Phänomen des gewaltsamen Verschwindenlassens“, so Cristina Valdivia.

Das Ökumenische Büro für Frieden und Gerechtigkeit betont zum 30. August seine Solidarität mit den Familienangehörigen von mexikanischen und zentralamerikanischen Opfer des Verschwindenlassens in Mexiko.

¹ Concluding observations of the Committee on Enforced Disappearances (CED) to Mexico. http://tbinternet.ohchr.org/_layouts/treatybodyexternal/Download.aspx?symbolno=CED%2fC%2fMEX%2fCO%2f1&Lang=en